

Bürgermeister Dr. Storch bittet die Fraktionsvorsitzenden, ihre Haushaltsreden vorzutragen.

Im Anschluss tragen die Vorsitzenden von CDU – Herr Diwo -, SPD – Herr Tendler –GRÜNE – Herr Dehnert - , FDP – Herr Jäckel – und BfE – Herrr Schmidt – ihre Haushaltsreden vor. Die Reden sind nachfolgend wiedergegeben:

CDU-Fraktion:

(Es gilt das gesprochene Wort.)

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren,*

„Wenn man den Kopf zu sehr hängen lässt, verliert man den Blick nach vorne, auch den für die Zukunft“! Und diesen nach vorne gerichteten Blick sollten wir uns alle zu eigen machen denn sonst würden wir unser politisches Handeln sicher in Frage stellen.

*Breite Zustimmung erhält aber auch sicherlich die These, dass die Eitorfer Kommunalpolitik in den nächsten Jahren nicht nur zur **Ortskernentwicklung**, zur **Sicherung des Standortes Eitorf**, sondern insbesondere auch im Bereich der **Kinderbetreuung**, **Jugendarbeit** und der veränderten **Schullandschaft** wichtige Weichen stellen muss.*

Nur dann wird sie der Herausforderung an veränderte Rahmenbedingungen einer bunten, grauer und unverbindlicher werdenden Gesellschaft gerecht. Meine Fraktion hat in den vergangenen Jahren durch zielgerichtete Politik, sachliche Arbeit in den Ausschüssen und im Rat bereits die Grundvoraussetzungen geschaffen, so dass die Weichen für die eben genannten Ziele gestellt werden können bzw. wurden.

Und dies in Zeiten, die nicht vom wirtschaftlichen Wachstum, sondern von 7 Jahren rot-grüner Politik der Misswirtschaft bestimmt sind, und die uns Kommunen in Nordrhein-Westfalen in besonders harter Weise trifft.

An dieser Situation werden die vom nordrheinwestfälischen Innenminister herausgegeben Orientierungsdaten bezüglich eines 16,3 % Anstiegs der Schlüsselzuweisungen des Landes im Jahre 2007 auch nichts ändern. Das diese Daten völlig unrealistisch sind wird wohl niemand ernsthaft bestreiten wollen. Die bislang angekündigte kommunale Finanzreform muss dringen durchgeführt werden. In Berlin und Düsseldorf sieht sich anscheinend niemand dazu in der Lage, so dass die Kommunen auf ihren finanziellen Problemen sitzen bleiben.

*Die **Haushaltssituation** ist auch in diesem Jahr niederschmetternd – wie alle am Haushaltsberatungsprozess Beteiligten einräumen. Ein von der Kommunalpolitik unverschuldetes strukturelles Haushaltsdefizit, nie gekannte Arbeitslosenzahlen, Investitionshemmnisse und eine schon fast lethargische Gesamtstimmung der Unzufriedenheit bestimmen das gesellschaftliche Bild.*

Es entsteht mittlerweile sogar die Gefahr der Gewöhnung an das Defizit, und damit an Zustände, wie sie in Eitorf leider seit vielen Jahren gang und gäbe sind.

Denn Sparmaßnahmen, Ausgabendisziplin sowie das Verschieben von Maßnahmen begleiten uns seit Jahren und schränken Politik und Verwaltung in ihre Handlungsfähigkeit ein.

Meine Damen und Herren,

machen wir uns nichts vor: Wenn einige von einer aktuellen Krisensituation sprechen, die vorüber geht, so sind sie in der Realität noch nicht angekommen. Unsere Gesellschaft steht an einem Scheidepunkt. Ungelöste Probleme können nicht mehr verschoben werden. Wer sich den Notwendigkeiten der Veränderung verweigert, erntet kommunalpolitischen Stillstand und Rückgang. Er löst die anstehenden Probleme nicht.

Die CDU-Fraktion stellt sich, gemeinsam mit der Verwaltung ihrer Verantwortung, den gesellschaftlichen Wandel vor Ort, trotz schwieriger Rahmenbedingungen zu vollziehen. Auch wenn dies für viele Betroffene in unserer Gemeinde mit Belastungen oder einer Reduzierung von

Ansprüchen verbunden ist. Wir sehen die anstehenden Problemstellungen als Aufgaben als Herausforderungen an und trauern vergangenen besseren Zeiten nicht nach.

*Meine Damen und Herren,
wir können die Herausforderungen an den gesellschaftlichen Wandel gemeinsam oder im Widerstreit lösen. Für die CDU-Fraktion ist die Zielsetzung und auch der Weg dorthin klar.*

Sinnvolle Einsparungen und gute Vorschläge wird die CDU mittragen, egal wer sie macht. Aber sie müssen Eitorf weiterbringen, rechtlich durchsetzbar und gegenüber den Bürgern vertretbar sein.

Eine Analyse der bisherigen Haushaltsplanberatungen zeigt uns, dass im vorliegenden Haushalt mit den Daten und Fakten die erforderliche Bestandsaufnahme durch die Verwaltung erfolgt ist.

Wir werden dem vorgelegten Haushalt zustimmen, weil er die finanzielle Ausgangslage richtig beschreibt und mögliche Entwicklungspotentiale angemessen berücksichtigt. Potentiale, die sich schon heute durch eine besondere Familienfreundlichkeit, durch vergleichsweise gute Standards in den Einrichtungen, unseren Schulen, Kindergärten, Sportanlagen und Kultureinrichtungen widerspiegeln, und die vor allen Dingen eines beinhalten: eine sehr hohe Identität der Bürgerschaft, der Vereine, Verbände, Einrichtungen und Unternehmen mit unserer Gemeinde.

*Meine Damen und Herren,
es ist offenkundig: Nur wenn Politik und Verwaltung es schaffen, die Bürgerinnen und Bürger und alle anderen Betroffenen mit auf den Weg zu nehmen, wird die Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel gelingen. Nur dann wird die Identität mit unserer Gemeinde als Stabilitätsfaktor greifen. Eigene Profilierung, Bildungsperspektiven, Kinderfreundlichkeit und attraktive Wohngebiete sind bereits unsere Markenzeichen, denen wir uns in Zukunft allerdings auch weiter zuwenden müssen.*

*Ein guter Ansatz ist durch unseren Antrag im **Schulbereich** gemacht worden. Mit dem Ausbau der GGS Eitorf zur offenen Ganztagschule sind im Einvernehmen zwischen allen Beteiligten erste Schritte zur zukunftsorientierten, bedarfsgerechten Schulbetreuung erfolgt. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass nach den Landtagswahlen 2005 die echte Ganztagschule realisiert und die erforderliche Anzahl an Pädagogen eingestellt wird.*

*Wir werden auch in den nächsten Jahren alle Anstrengungen unternehmen um dem wachsenden Bedarf in diesem wichtigen Betreuungsbereich gerecht zu werden. Wir sind dazu bereit, im Rahmen der bereits vorhandenen Kindergartenplätze sowie der Tagesmütterbetreuung und auch privater Elterninitiativen ein weitergehendes Angebot zu entwickeln. Hierbei gilt es dem gestiegenen Bedarf an Betreuungsplätzen **für Kindern unter drei Jahren** gerecht zu werden. Die CDU Fraktion beantragt daher, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Plätze für diesen Betreuungsbedarf einzurichten.*

Ob allerdings die von Bund und Land angekündigten Mittel für die genannten Maßnahmen überhaupt, und wenn ja, dauerhaft fließen werden, bleibt offen. Versprechungen im anlaufenden Landtagswahlkampf und deren Realisierung nach der Wahl sind nach den vorliegenden Erfahrungen mit großer Vorsicht zu genießen.

*Meine Damen und Herren,
was für die Grundschule gilt, gilt für die CDU selbstverständlich auch für den **Hauptschulbereich**.*

Die CDU-Fraktion wird sich für die Aufrechterhaltung und Modernisierung der Hauptschule einsetzen.

Bereits im Jahr 1989 erhielt die Hauptschule Eitorf durch Bescheid der Bezirksregierung die Genehmigung als Ganztagschule. Der Schulausschuss und der Gemeinderat erkannten zum damaligen Zeitpunkt einen erhöhten Raumbedarf, da die Schule als Schule mit Vormittagsbetrieb geplant war. Aus finanziellen Erwägungen wurde aber die damalige Absicht, die Schule auszubauen nicht verwirklicht. Während zum Beginn des Ganztagsbetriebs knapp 400 Schüler

von ca. 32 Lehrern betreut wurden, ist die Schule inzwischen auf über 600 Schüler mit rund 50 Lehrern gewachsen. Der Ganztagsbetrieb mit Mittagessen und Nachmittagsunterricht wird nach wie vor fortgeführt. Dieser soll auch zukünftig gewährleistet sein.

Aktuell besteht weiterhin eine große Raumnott und Renovierungsbedarf insbesondere der Technik-, Naturwissenschafts- und Kunsträume (die Schule ist seit dem Bezug 1974 nicht renoviert worden).

In diesem Zusammenhang sollte unserer Auffassung nach auch die Raumbedarfsplanung des Gymnasiums mit berücksichtigt werden. In einem möglicherweise gemeinsam zu realisierenden Raumbedarfskonzept könnte eine wirtschaftliche Lösung gefunden werden.

Dieses Ziel kann allerdings nur dann erreicht werden, wenn alle Einsparmöglichkeiten ausgenutzt werden, sich alle Beteiligten, Lehrer, Eltern, Schüler und sonstige Betroffene auf ein Gesamtkonzept verständigen, das dauerhaft tragbar und aufgrund seiner Perspektive auch in schwierigen finanziellen Zeiten von den zuständigen Behörden mitgetragen wird.

Die CDU Fraktion beantrage daher, dass die Verwaltung in Absprache mit der Schulleitung der Hauptschule Eitorf und der des Gymnasiums Eitorf eine aktuelle Bedarfsplanung und ein aktuelles Raumkonzept für die Schulen erstellt. Gleichzeitig beantrage wir, entsprechende Haushaltsmittel in den Haushalt für die nächsten Jahre einzustellen. Nachdem alle Eitorfer Schulen in den letzten Jahren aus- oder neu gebaut wurden muss jetzt die Hauptschule an der Reihe sein.

Die Behandlung des Themas in einer Sitzung des Schulausschusses noch in diesem Jahr halten wir für erforderlich.

Alle Schulmaßnahmen – das sichern wir zu – werden unter Einbindung der betroffenen Lehrer, Eltern und Schüler in sehr transparenter Form erfolgen. Das gilt auch für die Einführung neuer Betreuungsformen.

Meine Damen und Herren, sinkende Halbwertszeiten des Fachwissens, Virtualisierung der Bildung, Ganztags- und Übermittagsbetreuung, Internationalisierung und Globalisierung sowie die vielfältigen kulturellen, gesellschaftlichen Einflüsse bilden gerade im Schulbereich eine besondere Herausforderung.

Die demographische Entwicklung mit zurückgehenden Schülerzahlen verlangt von der Kommunalpolitik perspektivische Handlungsfähigkeit und strategische Zielsetzungen. Es ist unsere Aufgabe, das Schulangebot der Gemeinde dauerhaft zu festigen, die Schulformen am Standort aufgabenrelevant zu entwickeln und neue Perspektiven mit dem Ergebnis der Bestandssicherung und inhaltlichen Verbesserung anzugehen.

Die CDU-Fraktion setzt dabei auf Kooperation, Aufklärung, Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen und langfristige Planungssicherheit.

Wir werden geeignete Maßnahmen finden, die notwendigen Erweiterungsmaßnahmen einzuräumen und die Hauptschule weiter aufzuwerten. Wir möchten unsere Schullandschaft zu einem neuen modernen Bildungszentrum entwickeln, das den heutigen Medienansprüchen ebenso genügt wie den gesellschaftlichen Formen der Übermittags- und Ganztagsbetreuung.

Gleiches gilt auch für das Dauerthema „Ortskernentwicklung“. Ein wichtiger Grundstein ist bereits durch die Bildung des Unterausschusses „Gesamtkonzept zur Ortskernentwicklung“ gelegt worden. Die CDU sieht hierin eine Zukunftsinitiative für Eitorf. Die Einbindung der Geschäftsleute, der Immobilienbesitzer und des Aktivkreises halten wir für wünschenswert. Ziel soll sein, dass in einem breiten Dialog ein Konzept erarbeitet wird, das für die Ortsmitte ein neues Profil festlegt, den Standort stärkt und eine Leitlinie für die Umsetzung sein wird.

Alle Überlegungen zur Parkraumsituation, zur Gestaltung des Marktplatzes, zum Umbau des Bahnhof incl. P u.R Anlage, zur Bebauung des freien Grundstücks am Leienbergs, zur Unterführung bzw. Überführung Brückenstraße, sind mit einzubeziehen.

Wir beantragen bereits jetzt, die Möglichkeiten einer Verlegung der Ein- / Ausfahrt des Markt-

platzes zu überprüfen. Entsprechendes Konzept wurde bereits durch unsere Fraktion erarbeitet.

Dieses kann gerne in dem neuen Unterausschuss oder aber im Ausschuss für Planung und Verkehr vorgestellt werden. Ziel ist die Ausweitung der Fußgängerzone und der Erhalt der Parkplätze auf dem Marktplatz.

Die **Verkehrsanbindung** unserer Gemeinde über Straße und Schiene ist für uns von existentieller Bedeutung.

Unser Kreistagsabgeordneter Robert Rösgen hat seit Jahren in dieser wichtigen Angelegenheit unermüdlichen Einsatz gezeigt. Diesen Einsatz wird die CDU Fraktion auch in Zukunft weiter unterstützen.

Auf Antrag von Robert Rösgen und des Landtagsabgeordneten Hans Peter Lindlar hat die Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes beschlossen, eine zweite S-Bahn auf der Siegstrecke, die Linie S 19, einzurichten.

Der Ausbau der L 333 von Hennef/Dondorf bis Eitorf Bach ist auf seinen Antrag im Ausbauplan des Landesbetriebs Straßenbau berücksichtigt worden. Für die Umfahrung Greuelsiefen hat auf seinen Antrag hin die Kreisplanungsabteilung entsprechende Pläne erstellt sowie das Teilstück Bach - Bülgenuel in Planauftrag gegeben.

Da die SPD Fraktion ihren Architekten der „Luftschlösser“ aus ihren Reihen verloren hat, sind wir guter Hoffnung, dass nunmehr die realisierbaren Vorschläge der CDU zum Ausbau der L 333 mitgetragen werden.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt wird die **Sicherung des Standortes Eitorf** sein. Die Schließung des Schoeller - Färbereistandes Eitorf stellt uns vor große Probleme. Die von der Schließung betroffenen 110 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden wir weiter mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Der Kreiswirtschaftsförderungsausschuss ist bereits auf Grund der von mir geforderten und von Robert Rösgen im Kreistag beantragten regionalen Standortkonferenz für Eitorf und den östlichen Rhein Sieg Kreis tätig geworden.

Der Ausschuss beschloss ein Rahmenkonzept, wonach die Beschäftigungsgesellschaft TAGROS mbH eine Transfergesellschaft Schoeller AG betreiben soll. In dieser Gesellschaft sollen die ehemaligen Schoellermitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Anschlussbeschäftigungsverhältnisse qualifiziert und in solche weitervermittelt werden.

Die neu Ansiedlung weitere Unternehmen auf dem Schoellergelände gilt es voranzutreiben.

In den laufenden Prozeß der Gemeindeentwicklung gehören aber auch die Beibehaltung und der Ausbau wichtiger Markenzeichen, die uns von anderen Gemeinden unterscheiden. Neben der Sicherung des **Kulturangebotes** als überregionales Kulturevent drängt sich hier auch die Beibehaltung aller bisher so liebgewonnenen Veranstaltungen auf.

Ein Stillstand in dieser Entwicklung wird es mit der CDU Fraktion nicht geben. Hier werden wir auf ständige Weiterentwicklung achten, was wir allerdings für besonders wichtig halten, es darf kein Wettbewerb zu unseren Vereinen geben.

Noch ein paar Worte zu den Gemeindewerken

Die CDU Fraktion hat sich seit Jahren für stabile Gebühren eingesetzt. Noch in der letzten WA-Sitzung wurde aufgrund eines Sondervorschlags meiner Fraktion eine Baumaßnahme entbehrlich und somit 70.000 Euro eingespart.

In der zum Teil kontroversen Personaldiskussion haben wir gemeinsam mit der Werkleitung eine Variante erarbeitet, die Einsparungen ermöglicht.

Auch in Zukunft werden wir alles auf den Prüfstand stellen und Vorschläge unterbreiten, um eine Gebührenerhöhung entbehrlich zu machen, soweit wir hierauf Einfluss haben. Wir sind

der Meinung, dass wir kein Einnahmeproblem haben, sondern ein Ausgabeproblem. Und genau da werden wir auch in Zukunft hinsehen müssen.

Die Frage der Wirtschaftlichkeit gewinnt bei der Erledigung wasserwirtschaftlicher Aufgaben zunehmend an Bedeutung. Insbesondere in der Abwasserbeseitigung werden Gebühren nicht mehr hingenommen, ohne dass nachgewiesen wird, wie sie zusammengesetzt sind und auf welchen Kosten sie beruhen. Gleichzeitig muss man heute oftmals Alternativen für Problemlösungen anbieten, deren Vor- und Nachteile technisch und kaufmännisch zu bewerten sind.

Diese Bewertung dient nicht nur als Grundlage für Investitionsentscheidungen, sondern bezieht sich auch auf den Betrieb der Anlagen. Um solche Bewertungen vornehmen zu können, ist es zunächst erforderlich, Kosten nachvollziehbar und handhabbar zu strukturieren. Hierzu hat sich ein Instrument seit einigen Jahren mehr und mehr bewährt und durchgesetzt, es heißt Benchmarking.

Daher beantragen wir, dass die Gemeindewerke in Zukunft an solch einem Benchmarking teilnehmen.

Die dadurch gewonnen Erkenntnisse und Kennzahlen sollen dann sowohl der Werkleitung als auch der Politik und den Gebührenzahlern die nötige Transparenz und Entscheidungshilfen geben.

*Meine Damen und Herren,
die Eitorfer Politik wird mit der CDU trotz schwierigster finanzieller Rahmenbedingungen wichtige Weichen für unsere Gemeinde stellen. Wir sind uns der Schwierigkeit der Aufgabe, aber auch der Chance bewusst und werden sie nicht nur in den kommenden Wochen und Monaten, sondern über die gesamte Wahlperiode bis ins Jahr 2009 nutzen.*

Als Teil der Gemeinschaft bzw. des Staates haben wir die Aufgabe und Pflicht übernommen, uns für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Eitorf und ihre Belange verlässlich einzusetzen. Dies ist in der Vergangenheit in Eitorf auf kommunaler Ebene immer geschehen. Insofern kann ich den Ausführungen des Bürgermeisters nicht folgen wenn er meint: Sich auf den Staat zu verlassen, heißt verlassen zu sein. Der Rat der Gemeinde Eitorf hat sich immer für die Interessen der Eitorfer eingesetzt. Hierzu gehört auch die politische Auseinandersetzung ohne die eine Umsetzung der jeweiligen Ziele nicht möglich wäre.

Meiner Ansicht nach hat sich der Umgangston im Rat und in den Ausschüssen in der neuen Legislaturperiode positiv verändert.

Dies begrüße ich sehr. Auch wenn es am Anfang der neuen Legislaturperiode zu kleineren Irritationen gekommen ist, (Heinz Dehnert hat nun endlich die Sitzverteilung nach d'Hondt verstanden, ist aber immer noch nicht in der Lage Urteile des BVerwG richtig zu lesen) so betrachte ich die bisherige Arbeit als sehr konstruktiv für Eitorf.

Mein abschließender Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, insbesondere dem Kämmerer Klaus Strack sowie seinem Team. Sie hatten an der Erstellung des Haushaltes sowie die Einführung des NKF den schwierigsten Job!

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gemeindewerke, des St.-Franziskus-Krankenhauses Eitorf und der St. Elisabeth Seniorenheim Eitorf GmbH für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit zum Wohle aller Eitorferinnen und Eitorfer.

Dieser Dank gilt auch der Freiwilligen Feuerwehr sowie allen ehrenamtlichen Kräften in Vereinen und Verbänden, von denen ich hier beispielhaft nennen möchte:

*den Sozialverband Deutschland
den Gemeindefortsportbund,
den DRK-Ortsverband Eitorf,
den Aktivkreis Eitorf,
den Verein selbstständiger Handwerker,
den Heimatverein Eitorf und
die Fördervereine des Krankenhauses und des Seniorenheimes.
Die Polizeibeamten hier vor Ort, auch wenn sie keine Gemeindemitarbeiter sind, schließe ich*

in meinen Dank ausdrücklich ein.

Ein Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

SPD-Fraktion:

Es ist der erste Haushalt nach der Kommunalwahl 2004 und der erste Haushalt des neuen Bürgermeisters. Lassen Sie mich mit einem ausdrücklichen Lob an die Kämmerei beginnen. Der Entwurf zeigt in aller Klarheit die Haushaltssituation auf. Herrn Strack, unserem Kämmere und seiner Mannschaft muss ein großes Kompliment gemacht werden.

Der Rat hat eine neue Zusammensetzung und es hat grundlegende Veränderungen gegeben. Wir haben keine absoluten Mehrheiten mehr, es hat Verbindungen gegeben, mit denen man vorher nicht unbedingt gerechnet hat.

Da schließen sich CDU und SPD zur Wahl der stellv. Bürgermeister zusammen und arbeiten seit dieser Entscheidung auch in Sachfragen gut miteinander.

Die Grünen nehmen Herrn Kretzschmar in ihre Fraktion auf, um Macht zu demonstrieren, was man übrigens anderen Fraktionen hier im Rat ständig vorwirft und lösen damit de facto die EWG auf.

Dies wird alles begründet mit Recht und Gesetz, frei nach der Interpretation der Herrn Dehnert und Kretzschmar.

Die Wahl von Dr. Storch zum neuen Bürgermeister war aber sicherlich die größte Überraschung der Kommunalwahl 2004.

Nun jedoch ist der Wahlkampf vorbei und die Realität ist unserem neuen Bürgermeister schon nach kurzer Zeit im Amt bewusst geworden. Er hat in seiner Einbringungsrede diese Realität sehr eindrucksvoll beschrieben und auch deutlich gemacht. Es ist jedoch mehr als nur ein Widerspruch, wenn man in der Einbringungsrede sagt, " sich auf den Staat zu verlassen, heißt verlassen zu sein ". Sie haben sich um ein Staatsamt beworben, da sind solche Äußerungen schwer nachvollziehbar und irritierend. Wie überhaupt festzustellen ist, dass Sie immer noch große Schwierigkeiten haben sich mit der Rolle des Bürgermeisters zu identifizieren. Sie sollten den Schwerpunkt Ihrer Arbeit in der Verwaltung sehen, hier ist nach dem plötzlichen Tod von Peter Patt einiges liegen geblieben. Sie haben eine Vielzahl von engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die es zu führen gilt und zu motivieren. Zeigen Sie die Ziele und die Richtung auf und machen Sie konkrete Beschlussvorlagen zu wichtigen Themen der Gemeindepolitik und verweisen Sie nicht ständig auf Fraktionen, uns interessiert auch Ihre Meinung zu anstehenden Fragen. Die Repräsentation der Gemeinde ist wichtig und der Bürgermeister ist gefordert, aber Sie haben zwei Stellvertreter, nicht alle Termine muss der Bürgermeister selbst übernehmen.

Wie hat es Freiherr von dem Bussche, der Präsident der deutschen Landwirtschaftskammer ausgedrückt, " die Globalisierung ist endgültig bei uns angekommen. Dies gilt für den Weltmarkt wie für den Wochenmarkt. "

Mit diesem Zitat ist die Spannweite eines tief greifenden Prozesses dargestellt, der sowohl die große Politik wie auch die lokale vor Ort prägt. Wir stehen vor einer Situation, die uns herausfordert und auf die wir noch keine schlüssige Antwort haben. Wer die zu haben vorgibt, täuscht sich selbst und die anderen.

Es braucht Zeit, bis die Menschen mit den neuen Verhältnissen zurechtkommen. In der Bundesrepublik der letzten 55 Jahre ist ein stetiges Wirtschaftswachstum als selbstverständlich betrachtet worden, das ermöglicht, die steigenden Ausgaben zu finanzieren. Die Arbeitslosigkeit hoffte man, ebenfalls durch Wirtschaftswachstum in den Griff zu bekommen. Diese Idylle ist gründlich zerstört. Selbst ein Wirtschaftswachstum von 1,7% im letzten Jahr trug nichts zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei. Es kann nicht gut gehen, wenn die Wirtschaft global agiert, während die Steuer- und Sozialpolitik nur auf nationalstaatlicher Ebene durchgesetzt werden kann. Wir haben eine Wiedervereinigung geschultert, wo zwei verschiedene Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme zusammen gekommen sind. Das heißt auch, dass neue Werte entstanden sind, die jeden Tag durch die Medien verändert werden. Da machen Sie es sich in Ihrer Analyse zu einfach, Herr Bürgermeister. Hinterher ist man übrigens immer schlauer, Herr Storch. Auffällig ist auch, dass der Bürgermeister viel Probleme anspricht, aber kaum Lösungen anbietet. Es macht wenig Sinn das geflügelte Wort von „ wir jammern auf hohem Niveau " und den ständigen Pessimismus von Frau Christiansen zu transportieren. Ein Bürgermeister muss auch Optimismus und Visionen verbreiten. Dabei haben Sie uns stets an Ihrer Seite, Herr Storch. Auf die lokale Ebene bezogen sind große Anstrengungen, Einnahmen und Ausgaben in eine

Balance zu bringen, oft nicht von Erfolg gekrönt.

Der neuen Situation muss die Politik vor Ort entsprechen.

Man könnte auch sagen, es ist Zeit in der Wirklichkeit von heute anzukommen. Das stimmt.

Doch es ist Ausdruck einer humanen Gesellschaft und es muss Ziel einer guten Politik sein, diese sich ergebenden Brüche in der Gesellschaft und in den individuellen Biographien sozialverträglich zu gestalten und den einzelnen nicht dem Marktmechanismen gnadenlos auszuliefern. Der Sozialstaat, wie er auch im Grundgesetz gefordert ist, muss erhalten werden und wir Sozialdemokraten halten nichts von den wieder lautstark formulierten Lösungsansätzen des Neoliberalismus: Weniger Staat und mehr Freiheit. Freiheit für wen, Herr Dr. Storch? Freiheit ist unserer Auffassung nach für den einzelnen nur möglich, wenn auch die materiellen Voraussetzungen zur persönlichen Daseinsvorsorge und Selbstverwirklichung vorhanden sind. Freiheit ist nur möglich, wenn den Kindern alle Entwicklungschancen und allen Menschen optimale Bildungschancen eröffnet werden. Das ist der Schlüssel zur Zukunft. Und da sind die Kommunen gefordert. Kinderbetreuung und der Ausbau der Schulen zu Ganztagsbetreuung haben für meine Fraktion Priorität. Das Programm der Bundesregierung ermöglicht es uns in Sachen Ganztagschule einen großen Schritt nach vorn zu machen.

Wir wollen in unserer Gemeinde zukünftig mehr Dinge sicherstellen, als Sie sie in Ihrer Einbringungsrede gefordert haben, Herr Bürgermeister. Es geht um mehr als nur um satt zu essen, ein Dach über dem Kopf und öffentliche Sicherheit.

Es geht um die Entwicklung und Entfaltung der geistigen Kräfte des Menschen. Es geht um Denken und Kreativität- mithin zwei Fähigkeiten, die auch über unsere wirtschaftliche Zukunft entscheiden.

Zur gesellschaftlichen Kultur unserer Gemeinde, wie jeder Kommune, gehört, dass sich Menschen in den verschiedenen Feldern: im sozialen, sportlichen und musischen Bereich engagieren. Dabei werden Kräfte zum Wohle des Ganzen freigesetzt, die finanziell gar nicht darstellbar sind. Die so genannten „Freiwilligkeitsleistungen“ sind unserer Auffassung nach gut angelegtes Geld. Einsparungen würden unsere Gemeinde sicherlich ärmer machen. Wir würden bei diesen Einsparungen einen hohen Preis bezahlen.

Wir sind froh, dass der Rat der Gemeinde einem Antrag der SPD Fraktion gefolgt ist und endlich, die Menschen ehrt, die mit ihrer „stillen und ehrenamtlichen Arbeit“ mit dazu beitragen, dass das Leben in unserer Gemeinde weiterhin human und sozial verläuft.

Meine Damen und Herren, unser föderaler Staatsaufbau beruht wesentlich auf den drei Säulen Bund, Länder und Gemeinden. Wesen des Föderalismus ist bekanntermaßen, dass die Kommunen Landes- und Bundesgesetze ausführen. Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die OB aus Frankfurt Petra Roth hat es in einer Rede am 24.9. in Berlin auf den Punkt gebracht: „Wir, die dritte demokratisch legitimierte Ebene in unserem Staatsgefüge, spüren Ohnmacht. Wir revoltieren dagegen, Spielball zwischen Bund und Ländern zu sein.“

Wenn nun das Fundament unseres Föderalismus, die Gemeinden, in diesem Maße, wie der Bürgermeister es in seiner Einbringungsrede beschrieben hat, behindert werden, wenn die Selbstverwaltung dermaßen eingeschränkt wird, ist der Staatsaufbau, sind auch Land und Bund elementar bedroht. In diesem Zusammenhang weise ich auf den Artikel 28 GG hin, in dem die kommunale Selbstverwaltung zugesichert ist.

Ich schließe mich hier ausdrücklich Frau Roth an. Wir sind keine Lobbyisten, sondern wir sind die Fürsprecher unserer Bürgerinnen und Bürger, die uns gewählt und mit einem Mandat ausgestattet haben.

Lassen Sie mich die Sache auf den Punkt bringen: Wir brauchen auf der einen Seite verlässliche kommunale Einnahmen vor allem durch eine modernisierte Gewerbesteuer und wir müssen uns auf der anderen Seite weiterhin mit Vernunft und Augenmaß fragen, was wirklich Aufgabe der Gemeinde ist und was wir aufgeben müssen, ohne unsere Gemeinde kaputt zu sparen.

Der Bürgermeister hat, wie schon gesagt, in seiner Einbringungsrede wenig über seine Vorstellung zur Gemeindeentwicklung gesagt.

Nicht nur die Entwicklung bei Schoeller zeigt uns, dass der Rat die Entwicklung genau verfolgen und steuern muss. Dazu brauchen wir ein, lassen wir es „Frühwarnsystem“ nennen.

Die SPD Fraktion beantragt eine Kommission für Wirtschaftsförderung und Gemeindeentwicklung in der Rat, Verwaltung, Industrie, Aktivkreis, Handwerkerverein und Banken gemeinsam über zentrale Fragen der Zukunftsentwicklung unserer Gemeinde diskutieren und beraten sollen. Diese Kommission sollte dem Hauptausschuss angegliedert werden. Wir wollen diese Form wählen um auch externen Sachverstand mit einbringen zu lassen.

Der Bürgermeister hat in seinem Redebeitrag die schlechte Anbindung der Gemeinde angesprochen. In der Tat ist dies ein großer Standortnachteil.

Schiene und Straße sind nicht optimal mit überregionalen Netzen verzahnt. Während die Schiene uns weniger Sorge bereitet, ist die Straße unser größtes Problem. Hier gilt weniger das

Prinzip Hoffnung, wie es der Bürgermeister angesprochen hat, sondern die Realitäten. Gespräche und gute Kontakte sind erforderlich um denkbare Möglichkeiten eines Ausbaus zu realisieren. Eine große Aufgabe, der Sie sich annehmen können, Herr Bürgermeister.

Die Anbindung unserer Außenorte an den Zentralort ist immer noch nicht befriedigend gelöst. Unser Antrag auf Errichtung von Bürgerbussen ist im Ausschuss beraten worden. Wir haben mit diesem Antrag „das Rad nicht neu erfunden“, es ist aber im Kreis der erste Versuch mit Bürgerbussen eine Lücke im ÖPNV zu schließen und zeigt, daß man trotz leerer Kassen mit Engagement der Bürger zu Verbesserungen kommen kann. Dies ist genau das, was der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede, völlig zu recht, einfordert.

Wenn man in einigen Bereichen Standortnachteile hat, dann muss man sich überlegen in welchen Bereichen, wir zu Standortvorteilen kommen können.

Fakt ist, daß die Gemeinde Eitorf für viele Menschen noch so attraktiv ist, daß wir immer noch Zuwachsraten zu verzeichnen haben. Die Einwohnerzahl nimmt seit Jahren zu.

Wir wollen die Infrastruktur unserer Gemeinde verbessern. Dazu gehört vor allem ein gutes Bildungsangebot.

Die Einrichtung eines Berufskollegs war ein großer Erfolg und die hohe Anmeldezahl belegt dies in jedem Jahr.

Nachfrage besteht vor allem nach einer Gesamtschule. Viele Eitorfer Schülerinnen und Schüler verlassen morgens die Gemeinde und fahren nach Hennef und Herchen. Dies gilt es zu stoppen. Wir können das Bildungsangebot in Eitorf deutlich steigern, wenn wir eine eigene Gesamtschule anbieten. Der Regierungspräsident hat in einem Schreiben vom 2.1.05 an den Landrat sehr deutlich auf die unzureichende Situation an Gesamtschulplätzen im Kreis aufmerksam gemacht. Bereits jetzt lässt sich aus früheren Zahlen ein nachgewiesenes Bedürfnis deutlich erkennen. Wir sollten diese Gelegenheit nutzen und frühzeitig unser Interesse deutlich artikulieren, die Unterstützung des Regierungspräsidenten dürfte uns nach diesem Schreiben sicher sein. Wir beantragen, dass sich der Schulausschuss in seiner nächsten Sitzung mit Anmeldeverfahren und Realisierungsmöglichkeiten beschäftigt.

Hier denken wir auch über regionale Zusammenarbeit nach.

Ein Standortvorteil ist und bleibt unsere schöne Landschaft. Nur müssen wir dies auch entsprechend vermarkten. Hier geschieht zwar etwas, aber deutlich zu wenig. Der Tourismussektor ist vielfältig. Es zählen die Hotels genauso dazu wie Campingplatzbetreiber oder Gastwirte. Tourismus ist eine Querschnittsaufgabe, in die besonders die Bereiche Mittelstand und Dienstleistungswirtschaft hineinwirken. Unserer Gemeinde bietet der Naherholungstourismus Möglichkeiten, den eigenen Standort zu stärken. Wir erleben dies doch in anderen Kreisen und in deren Kommunen, dass das touristische Image einer Region ein handfester Standortfaktor werden kann, wenn es um die Ansiedlungspolitik von Unternehmen geht, nehmen Sie nur das Beispiel des Ahrkreises. In unserer Gemeinde wird Naherholung und Tourismus immer noch nebenher erledigt. Dies liegt am wenigsten an der Mitarbeiterin in der Verwaltung, die für diese Arbeit zuständig ist. Ihre Arbeit braucht im Hause und nach außen einen höheren Stellenwert. Touristisch qualifiziertes Personal ist in einer kommunalen Verwaltung eine Zukunftsinvestition. Sie sollten darüber nachdenken, Herr Storch, ob man für diese Tätigkeit eine Stabstelle in der Verwaltung einrichtet und der Mitarbeiterin mehr Möglichkeiten einräumt.

Hier wären wir für Vorschläge von Ihnen dankbar. Der Personalausschuss sollte über diese Frage nachdenken. Dies wird hiermit beantragt. Lassen Sie mich noch eine Anmerkung zur Sportpauschale machen. Der Kämmerer hat in seinen Erläuterungen und auch in der Sitzung des Sportausschusses darauf hingewiesen, dass über die Verwendung der Sportpauschale noch beraten werden muss. Die Sportpauschale ist keine „Reperaturpauschale“, sondern sollte auch für Investitionen im Sportbereich genutzt werden. Hier liegt uns besonders die Sanierung des Sportplatzes Mühleip am Herzen. Wir beantragen daher, wie dies bereits in einem Antrag geschehen, 20.000 Euro für die Sanierung des Sportplatzes Mühleip zurückzustellen.

Ausgesprochen positiv entwickelt sich unsere kommunale Kulturarbeit. Ich habe dies schon im letzten Jahr festgestellt und möchte dies in diesem Jahr ausdrücklich wiederholen. Frau Schug leistet eine großartige Kulturarbeit. Auch dies sind Standortvorteile die man unbedingt erwähnen muss. Ich denke auch, dass die Vorstellungen und Ideen noch nicht ausgereizt sind und wir noch manches erwarten können.

Wir müssen aber auch die Voraussetzungen für die Mitarbeiterin schaffen, damit Sie weiter mit viel Geschick und Engagement diese wichtige Arbeit leisten kann.

Die SPD Fraktion wird in diesem Jahr dem Haushalt und seinen Anlagen zustimmen. Wir wollen dem neuen Bürgermeister zur Seite stehen und hoffen, dass dies keine Einbahnstraße ist. Wir wollen aber auch mit der Zustimmung der Kämmerei Dank sagen, wie schon erwähnt und wir wollen mit der Zustimmung eine breite Basis schaffen und deutlich machen, dass wir unsere Probleme nur gemeinsam lösen können. Es wird in der kommunalen Arbeit immer unter-

schiedliche Betrachtungsweisen geben und „das ist auch gut so“, aber entscheidend ist doch, was für unsere Gemeinde raus kommt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf ein Ereignis eingehen; ich meine das Seebeben in Südostasien mit über 200 000 Toten. Dies hat gezeigt wie gefährdet die menschliche Existenz und die Welt ist. Zugleich hat dieses Beben auch gezeigt, wie relativ unsere Alltagsorgen und die um unseren Haushalt sind. Beeindruckend und Mut machend ist die Globalisierung der Hilfsbereitschaft, auch in unserer Gemeinde. Gehen wir dieses Haushaltsjahr an nicht mit der Lust am Untergang, sondern mit einer Gelassenheit, die um die Risiken auch bei uns weiß, und mit einem nicht unbegründeten Optimismus, der, wie David Hume sagte, mehr wert ist als ein Einkommen von Tausenden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Anmerkung:

Während des Vortrages seiner Rede macht Herr Tendler in Ergänzung zum Redeskript weitere Ausführungen. So weist er – ganz aktuell – darauf hin, dass der am gleichen Abend tagende Finanzausschuss des Kreises die Bereitstellung der Mittel für die Transfergesellschaft Schoeller in Höhe von 96.000 Euro mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen abgelehnt hat..

Im Hinblick auf die Bemühungen zur Verbesserung der Verkehrsanbindung lobt er den Kreistagsabgeordneten Robert Rösgen ausdrücklich, allerdings mit dem Hinweis, dass dies immer gemeinsame Bemühungen seien, da auch er als Kreistagsabgeordneter hierfür kämpfe. Lob von Herrn Rösgen für seine Person komme vielerorts an, aber nicht in Eitorf.

Im Zusammenhang mit der Verkehrsanbindung spricht Herr Tendler einen offenen Brief des Aktivkreises an, der diesbezüglich von einer Katastrophe spreche. In der Sache zwar verständlich, müsse man jedoch die Wortwahl bedenken. Würden solche Briefe veröffentlicht, trage dies von vorneherein zu einem schlechten Image bei und schreckten Ansiedlungswillige Unternehmen möglicherweise eher ab.

Ergänzend zu den Ausführungen Ganztagschule nennt Herr Tendler Zahlen. So seien aus Eitorf 41 Kinder angemeldet worden, 13 aber nur aufgenommen worden.

Im Hinblick auf die Verbesserungen im Touristikbereich appelliert Herr Tendler, das Vorhaben von Herrn Schmitz, in Stein Ferienunterkünfte zu errichten, nachhaltig zu unterstützen und unbürokratisch Hürden zu überwinden.

Fraktion Bündnis 90/GRÜNE:

Meine Damen und Herren, vor einiger Zeit erhielt ich ein Buch. Ein Märchenbuch wie sich herausstellte. Wir finden darin nicht die Märchen aus 1001 Nacht, aber es sind Märchen die Rat, Bürgermeister und Kämmerer durchaus 365 schlaflose Nächte bereiten könnten. Eines dieser Märchen möchte ich Ihnen nun vortragen:

Das Märchen vom Kalifen Storch

(Völlig frei nach Volker Hauff)

In jenen, nicht allzu fernen Tagen, war es dem Kalifen in Bagdad zu laut geworden auch hatte er keine Lust mehr immer nur vergilbte Pergamente zu studieren. Da bestieg er Teppich-Airlines (Werbeslogan 200 % Rabatt, alles muss raus!) und flog ins ferne Eitorf, wo er sich auf dem Erlenberg ein schönes Nest baute.

Dort gefiel es ihm sehr gut. Es gab viele Schwarzstörche, einige Rotkehlchen, kleine grüne Frösche aber auch einige wenige Kanarienvögel mit denen er sich schnell anfreundete.

Zu seinem Leidwesen erfuhr er jedoch, dass im Moment kein Bedarf an Kalifen bestehe, habe man doch den letzten Kalifen von Köln erst vor kurzem nach Istanbul abgeschoben. Allerdings sei die Stelle des Bürgermeisters frei, auf die er sich ja bewerben könne. Als die Schwarzstör-

che von der Kandidatur des Kalifen hörten, lachten sie sich halb schief. Seit Storchengedenken war nie ein Zugewanderter Bürgermeister geworden und so fuhren sie fort sich um die Führung unter den Störchen zu streiten, dass die schwarzen Federn nur so stoben. Prinzessin Sheherezade fiel von der Erbse, nahm den Schleier und ging nach Mühleip ins Exil. Und Alwin mit der Wunderlampe wurde Chefpilot der Schwarzstörche.

Da wollten die Rotkehlchen, die es noch vereinzelt in abgelegenen Gemeindegebieten gab, nicht nachstehen. Sie lieferten sich eine solche Schlamm Schlacht, dass von dem ohnehin kaum vorhandenen Rot nichts mehr übrig blieb und die Gesamtpopulation noch weiter absank. Was der Kalif kann, das können wir schon lange, piepsten die ehemaligen Rotkehlchen, und holten einen Kandidaten nicht aus dem Nahen-, nein aus dem Fernen Osten –direkt aus Berlin- und an manchen Wochenenden wurde der sogar über Eitorf kreisend gesehen. Beim Landeanflug auf das Rathaus (er hatte noch keine Freigabe vom Tower) geschah´s. Er kollidierte mit einem Rotmilan Weibchen, verlor den linken Flügel, schmierte über die rechte Fläche ab und raste voll in ein Rudel Schwarzstörche das bereits erwartungsvoll vor dem Rathaus lauerte. Und oh weh, Alwins Wunderlampe zerbrach.

Es kam wie es kommen musste. Ehe sich die Schwarzstörche und die mit Schlamm bedeckten Rotkehlchen versahen, landete der Kalif mit einem satten Plumps (so um die 63 Dezibel) auf den zwei vorsorglich vor dem Rathaus angebrachten gelben Punkten, sprach das Zauberwort, „Rathaus öffne dich“ und war Bürgermeister.

Da staunten sogar Ali Baba und seine 5 Räuber, alles ehemalige Rotkehlchen die aber schon vor Generationen das Zauberwort unter der Hand für einen Aufsichtsratsposten bei der RSVG verkauft hatten.

Die arg gerupften Schwarzstörche klapperten laut mit den Schnäbeln (nach Brehms Tierleben ist das ihre bevorzugte Art zu kommunizieren) und beschlossen, da der Kalif alle seine Vorkoster in Bagdad zurückgelassen hatte, ihn innerhalb der nächsten fünf Monate zu vergiften. Natürlich waren das die üblichen Politikerversprechen, fünf Monate sind nunmehr vorbei und es ist –wie üblich- nichts geschehen. Ali Baba hatte da eine ganz andere Idee: „Wir kaufen auf Gemeindegeldern eine Dampfwalze und wenn der Kalif kommt um sich zu erkundigen wer die bestellt habe, dann machen wir ihn platt. Quaaatsch. Anschließend schieben wir ihn unter der Hintertür zum Rathaus wieder hinaus.“ Der Kadi unter den Schwarzstörchen gab jedoch zu bedenken, dass gemäß 3. Änderung zur Ergänzung der Abänderung des Gesetzes zum Plattmachen von Kalifen die Reinigungs- und Entsorgungskosten von der Gemeinde übernommen werden müssen und eben dies im Rahmen des Haushaltssicherungskonzept´s zu Schwierigkeiten führen könne. Aber Ali Baba hatte natürlich seine Beziehungen. Eine Hand wäscht bekanntlich die andere, bis hinauf in die höchsten Regierungskreise.

So kam dann eines Tages ein windig aussehender Krämer zum Bürgermeister. Der hatte einen Berg Tüten dabei voll mit Filz und Fett. Der verkaufte Spürpanzer aus Saudi Arabien, komplette Bundesligaspiele einschließlich Ergebnis und auch Bundestagsmandate mit den zugehörigen Aufsichtsratsposten. All das konnte und wollte der Bürgermeister nicht kaufen (Haushaltssicherungskonzept!). Unter anderem hatte der Händler aber auch noch einen alten, feuchten Bierdeckel.

„Das ist der geheime Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD- Eitorf. Den kannst du äußerst billig bekommen, da ich keine Verwendung dafür habe. Allerdings darfst du nicht lachen wenn du ihn liest, sonst wirst du -Schwuppdwupp- in einen Storch verwandelt; und nur das Zauberwort kann dich erlösen,“ sagte der Krämer. Da die Schatztruhen des Rathauses nur noch Spinnweben enthielten, verpfändete der Kalif seine Fleischmann Modelleisenbahn und trug frohgemut den Bierdeckel auf den Erlenberg. Es kam wie es kommen musste. Der Kalif las den Vertrag, lachte schallend und wurde –zack- in einen Storch verwandelt. Da waren sogar seine Frau und die herbeieilenden Rettungssanitäter machtlos. Nun war guter Rat teuer. „Tepich-Airlines“ war inzwischen liquidiert worden, eine Pilgerreise nach Mekka, um den Fluch zu beenden, kam somit nicht in Betracht daher entschied er sich für eine Wallfahrt ins nahe Bödingen. Also flog er los, wurde aber nach kurzer Zeit schon sehr müde, der Wahlkampf hatte ihn doch sehr mitgenommen. Unter sich sah er die zerfallenen Reste eines einstmaligen prächtigen Gebäudes in dem er sich zur Nacht niederließ. Als er vom durchtropfenden Regen wach wurde, da wusste er: Das muss das Eitorfer Jugendcafe sein! Da gewahrte er in der Ferne einen Feuerschein und als er sich vorsichtig näherte, sah er viele Schwarzstörche die freudig um das Feuer herumtanzten. Die sangen lauthals, „ach wie gut dass niemand weiß, dass unsere Mehrheit Tendler, Bösking und Jüdes heißt!“ Da fiel dem Kalifen Storch das Zauberwort wieder ein und Zack, wurde er wieder Bürgermeister. Die Bevölkerung aber stand jubelnd am Straßenrand und auch der Bürgermeister warf viele Kamellen, hatte er inzwischen doch gelernt, dass die mindestens genauso wichtig sind wie die freie Marktwirtschaft. Die Schwarzstörche aber kamen in den Kerker, wegen nächtlicher Ruhestörung, Feuer machen in einem FFH-

Schutzgebiet sowie permanenter Veräppelung der Bevölkerung. Die schlammbedeckten Rotkehlchen aber zogen sich noch tiefer in das drüsiges Springkraut zurück, bis nichts mehr von ihnen gehört wurde, denn nun konnten auch die Schwarzstörche ihnen nicht mehr aus dem absoluten Umfragetief heraushelfen.

Die Karawane aber zog weiter. Zur Eröffnung der biologischen Station und auch die gute Fee Bärbel aus Düsseldorf kam um zu feiern. Eigentlich hatte sie ja noch ein Hühnchen mit einigen von den Schwarzstörchen zu rupfen, als sie jedoch die völlig abgemagerten Schwarzstörche sah, taten sie ihr leid. Immerhin hat die Bärbel ein gutes Herz und ihre Karawanen brachten schon so manche Schatztruhe zur Kläranlage. So kamen die Schwarzstörche auf die rote Liste, was ihnen aber auch nicht mehr helfen konnte. Die Frösche, die sie früher immer geschluckt hatten, waren inzwischen viel zu groß und schwer geworden und blieben ihnen im Halse stecken. Und so waren die armen Schwarzstörche bei den nächsten Kommunalwahlen auf den Plakaten kaum noch zu erkennen.

Ali Baba aber wurde verbannt. Nach Siegburg. In einen kahlen Raum des Cafe Kranz. Und zur Strafe muss er die Miete -86,75 € pro Stunde- selber bezahlen. Ich sage euch das tut weh!

Und wenn man heute in Eitorf fragt, warum es denn keine Schwarzstörche mehr gebe, dann bekommt man zur Antwort:

„Das hat der Ali Baba mit seiner großen Koalition getan.“

Meine Damen und Herren,

sicher werden Sie sich fragen, warum ich Sie hier mit Märchen langweile, anstatt Sie, wie meine Vorredner, mit Zahlen, Fakten und Daten zu erheitern. Ein Haushalt ohne sichere Eckdaten ist wie ein Haus ohne Fundament. Die Frage ist nicht ob, sondern lediglich wann es zusammenbricht. Mittels Haushalt kreativ die Zukunft der Gemeinde gestalten, das gehört einer märchenhaften Vergangenheit an. Trotzdem ist es wichtig diesen Haushalt zu verabschieden. Damit die Gemeinde politisch handlungsfähig bleibt. Wir haben bereits eine Reihe von Anträgen vorgelegt, die auch ohne große Belastung des Haushalts die Gemeindeentwicklung vorantreiben. Weitere Anträge werden folgen. Eitorf steht mitten in einem finanziellen und politischen Überlebenskampf. Um wenigstens einen kleinen Teil unserer Unabhängigkeit zu erhalten stimmen wir dem Haushalt, wenn auch mit großen Bedenken, zu.

FDP-Fraktion:

Im September 2004 wählten wir, die Bürger der Gemeinde Eitorf, einen neuen Gemeinderat. Aus dieser Wahl ging die FDP als liberale Partei gestärkt hervor. Ein, mit starker Mehrheit bei der Stichwahl zum Bürgermeister gewählter, FDP-Kandidat Dr. Rüdiger Storch steht nun dieser Gemeinde als Bürgermeister für alle unserer Heimatgemeinde vor. Wahlerfolge sind ein hoher Vertrauensbeweis, hinter dem auch ein Verantwortungsbewusstsein stehen muss. Die im Rat vertretene FDP-Fraktion stellt sich dieser Herausforderung.

Der jetzt vor uns liegende Haushalt beschränkt sich auf das Machbare, somit also keine Nettokreditaufnahme im Vermögenshaushalt, was wir grundsätzlich begrüßen. Wir werden jedoch mit einem Defizit von geplant 4,8 Mio. € zum Ende des Haushaltsjahres rechnen müssen. Dieses Defizit muss finanziert werden, wohl über höhere Schulden, die jedoch zeitlich begrenzt werden können.

Die Möglichkeiten der Gemeinde, dieser strukturellen Fehlentwicklung entgegenzuwirken, sind sehr begrenzt.

Um es gleich vorwegzunehmen:

Wir werden diesem Haushalt zustimmen!

Als einen unserer wichtigsten Schwerpunkte möchten wir die wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Gemeinde in den Vordergrund stellen. Es ist daher dringend erforderlich, dass bessere Verkehrsverbindungen durch ein besser ausgebautes Straßennetz erfolgen. Hier sollte der seit Jahren in der Planung liegende Ausbau der L 333 endlich durchgeführt werden. Rat und Verwaltung sollten in enger Zusammenarbeit und Abstimmung an einem Strang ziehen und dies auch nach außen hin sichtbar machen. Die FDP in Eitorf steht geschlossen für den Ausbau der L 333.

Es ist jedoch erforderlich, dass man die Entwicklung, welche durch den geplanten Ausbau der B 8, der bis weit in den Rheinland-Pfälzischen Raum gehen soll, sorgfältig beobachten muss. Möglicherweise muss in absehbarer Zeit nach entsprechenden Verkehrsverbindungen für unsere Gemeinde gesucht werden. Dies könnte für die wirtschaftliche Entwicklung Eitorfs genauso wichtig sein, wie der Ausbau der L 333.

Rat und Verwaltung sollten in enger Zusammenarbeit das Thema Ausbau des Schienennetzes für den S-Bahn-Verkehr KÖLN-AU in Abstimmung mit der Deutschen Bahn unterstützen. Da der Pendler-Anteil in unserer Gemeinde immer größer wird, sind Parkplätze in Bahnhofsnähe sehr wichtig. Der Ausbau von Parkmöglichkeiten auf der Nordseite des Bahnhofes einschließlich geeigneter Zu- und Abfahrtswege sollte zügig erfolgen. Hier sind die Möglichkeiten von Zuschüssen durch die Öffentliche Hand zu prüfen, und unsererseits müsste entsprechend flexibel reagiert werden.

Verkehrsverbindungen sind durchaus Pulsadern für wirtschaftliche Aufwärtsentwicklungen. Mitunter benötigen auch vorhandene Betriebe Hilfestellung durch unsere Verwaltung mit Unterstützung durch den Rat. Weiterhin muss die Absicht bestehen, zusätzlich Betriebe für Dienstleistung, Handel und Gewerbe - und hier möglichst produzierendes Gewerbe - anzusiedeln. Wir sollten berücksichtigen, dass die Gemeinden Eitorf und Siegaufwärts über ein erhebliches, zur Zeit brachliegendes Facharbeiterpotential verfügen. Hier sollte von den Gemeinden eine möglichst schnelle Auflistung = Erfassung erfolgen, um damit auf mögliche Interessenten zugehen zu können. Vorhandenes Fachpersonal kann durchaus ein Mitwerbeträger sein. Verschlafen sollte man hier die Zeit nicht.

Und nun zu unserem medizinischen Zentrum:

Das ist 1) unser St. Franziskus-Krankenhaus
2) unser CBT-Heim.

Außer der sozialen Komponente, die durch diese Häuser erreicht wird, ist der Wirtschaftsfaktor, wie Arbeitsplätze und Materialbeschaffung einschl. handwerklicher Dienstleistungen, von größter Wichtigkeit für unsere Gemeinde. Wir können uns vorstellen, dass hier noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung, die teilweise aus unserem Gemeinderat kommen, sind aufgefordert, sich mit den Verantwortlichen der Marienhaus-GmbH Waldbreitbach in Verbindung zu setzen, und über den Bereich Unterstützung durch Auftragsvergaben an Eitorfer Wirtschaftsbetriebe zu verhandeln.

Aber auch die Marienhaus-GmbH mit Schwerpunkt St. Franziskus-Krankenhaus benötigt die Hilfe von Rat und Verwaltung, wenn es darum geht, überregionale Ziele bei einer Kassenärztlichen Vereinigung oder auch kassenorientierter Gremien bis hin zum NRW-Gesundheitsministerium durchzusetzen. Je größer das Behandlungsspektrum an diesem Hause möglich gemacht wird, um so vorteilhafter ist das für unsere Bevölkerung und gleichzeitig ein Mitbestandsschutz für das Haus selbst.

Zu unseren Schulen möchten wir wie folgt ausführen:

Hier wurde in 2004/2005 der Bau der Offenen Ganztagschule begonnen. Der Schwerpunkt der Investitionen in der ganztägigen Betreuung ist gesellschaftspolitisch notwendig und richtig. Trotz der Misere in den Kassen muss in den nächsten Jahren weiter versucht werden, die dringenden Felder anzugehen. Bildung ist eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft unseres Landes und unserer Heimatgemeinde Eitorf. Die Infrastruktur unserer Schulen ist noch relativ gut. Neue Handlungsfelder bestehen jedoch dringend im Raumbedarf der Hauptschule und des Gymnasiums in ggf. einem ganz neuen Schulkonzept. Hier besteht Prüfbedarf, insbesondere der Rahmenbedingungen auf Landesebene. Es ist politische Gemeinsamkeit gefordert. Unsere Kinder und Jugendlichen sind für unser Land und unsere Gemeinde ein viel zu wertvolles Gut, als dass man es in politische Machtkämpfen zermahlen sollte.

Zum Thema über unsere freiwillige Feuerwehr vertritt die FDP grundsätzlich die Meinung, dass diese Wehr über technisch einwandfreie Gerätschaften einschl. der entsprechenden Fahrzeuge verfügen muss. Wer anderen das Leben erhalten und retten soll, muss dazu auch optimal ausgerüstet sein. Im Rahmen der Möglichkeiten sollten wir daher unsere Wehr durch die Anschaffung eines weiteren Fahrzeugs baldmöglichst wieder mit zwei Löschfahrzeugen ausstatten.

Nun kurz zu den Gemeindewerken:

Der im vollen Gang befindliche Ausbau unserer Klärwerkeinrichtungen wird überschattet durch die Rückname der finanziellen Verpflichtungen der Firma Schoeller unserer Gemeinde gegenüber. Begründet wird diese Maßnahme, dass durch fehlende Wirtschaftlichkeit die Schließung des Färbereibetriebes erfolgen muss.

Der juristische Hintergrund, der über die vorhandenen Verträge Auskunft gibt und nach derzeitigen Wissensstand bei einem möglichen Rechtsstreit mit der Fa. Schoeller der Gemeinde eine gewisse vielleicht günstige Ausgangsbasis verschaffen könnte, wird weiterhin geprüft.

Die FDP sieht sich derzeit außerstande, über die Kostenentwicklungen zukünftiger, vor allem Abwassergebühren, entsprechende Angaben zu machen.

Kunst, Sport und Musik, somit die gesamte Breite eines ganzen Kulturkreises, hat sich in Eitorf weit über die Ortsgrenzen hinaus einen hervorragenden Ruf erworben. Hier tragen wir zu

Recht den Ruf einer Mittelpunkt-Gemeinde. Kontakte zu weiteren Künstlern sollten gesucht werden. Auf das Vorhandene und bereits Erreichte sollten wir weite aufbauen. Die aufgeführten Kulturbereiche sind gerade in schwieriger Zeit, vor allem aber durch die zunehmende Perspektivlosigkeit für unsere Jugend, ein nicht zu unterschätzender positiver Faktor, um den jungen Menschen lebenswerte Inhalte zu übermitteln.

Ein herzlicher Dank an alle diejenigen in Verwaltung, Rat und die vielen aus den privaten Kreisen für Ihre hervorragende Aufbauarbeit.

Lassen Sie mich zum Schluss dieser Ausführungen Dank sagen für geleistete Arbeit, die von vielen auch als Dienst am Nächsten zu betrachten sein wird:

- unserem Bürgermeister mit den Mitarbeitern unserer Verwaltung,
- den Mitarbeitern unserer Polizei und Feuerwehr, sowie der Rettungsdienste,
- den Mitarbeitern unseres Krankenhauses, der Wohlfahrtsverbände und Altenheime,
- den Lehrerkollegien unserer Schulen,
- den Mitgliedern und den Vorständen unserer Vereine,
- den Geistlichen aller Konfessionen und Ihren Mitarbeitern.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen im Auftrag der FDP-Fraktion für die kommende Zeit alles Gute und uns allen eine gute Ratsarbeit für unsre Bürger in dieser Gemeinde.

BfE-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

- „Die finanzielle Situation sei katastrophal und die Leidendfähigkeit von Politik und Verwaltung werde in den kommenden Jahren auf eine harte Probe gestellt werden.“

- „Die finanziellen Probleme der Gemeinde seien nicht hausgemacht, sondern lägen in der bundesdeutschen gesamtwirtschaftlichen Lage begründet.“

*Diese Aussagen aus dem Vorbericht zum Haushaltsplan 2005, kann die BfE **nur teilweise** zustimmen. **Nicht die Politik und die Verwaltung wird auf ihre Leidendfähigkeit geprüft**, hier werden nur die Hausaufgaben erledigt. **Die Bürgerinnen und Bürger bekommen nun die Folgen einer jahrelangen Fehlverhaltens in Politik und insbesondere in der Wirtschaft zu spüren.***

*Der aufgestellte Haushalt der Gemeinde stellt ein demokratisches Steuerungsmittel dar, durch welches die politischen Absichten in ein festes Programm übertragen werden. Weiterhin zeigt er eine Aufstellung **der politischen Prioritäten**. Die Kommune befindet leider in einem Haushaltssicherungskonzept, sie kann daher keine deutlichen Akzente und Gelder in die Zukunftsinvestition setzen.*

*Die Gemeinde kann sich aber nicht alleine auf einen deutlichen Anstieg der **Zuweisungen bzw. auf eine Finanzreform** verlassen. Sie muss aus **eigenem Antrieb** versuchen, den im Vorwort angekündigten **Richtungswechsel** zu einem breit gefächerten Dienstleistungsgewerbe, in Verbindung mit Eitorf als Wohngemeinde und Naherholungsgebiet zu gestalten.*

*Außer Frage steht natürlich die **Notwendigkeit einer Finanzreform**. Aber auch jegliche noch so gute Finanzreform ist zum Scheitern verurteilt, wenn in den Kommunen, Ländern und Industriebetrieben weiterhin teilweise **verantwortungslos** und unprofessionell gearbeitet wird.*

Der Wandel von der monostrukturierten Kommune hin zu einem weit gefächerten Angebot an industriellen und dienstleistungsorientierten Arbeitsplätzen sei in Eitorf im Gegensatz zu anderen Kommunen noch nicht abgeschlossen, berichtet die Verwaltung im Vorwort zum Haushalt 2005.

*Die **BfE** hatte aber in den letzten Jahren den Eindruck, dass dieser Wandel ohne eine klar definierte Zielvorgabe durchgeführt wurde. Die Entwicklung im Eitorfer Ortskern zeigt dieses. Die BfE hatte vor einigen Jahren schon auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht und eine Neuausrichtung auf Fremdenverkehr, Naherholung und mehr Wohnambiente gefordert.*

Wenn wir durch die bisher betriebene Ausweisung neuer Wohngebiete mehr Kaufkraft nach Eitorf holen wollen, muss im Bereich von Fremdenverkehr, Wohnambiente und Veranstaltungswesen mehr investiert werden. Hier ist mehr Eigeninitiative gefordert.

Meine Damen und Herren, wenn sie z.B. in den Schwarzwald fahren, werden sie feststellen,

*dass nahezu alle Brücken durch Blumenkübel geschmückt sind. Gespräche mit Eitorfer Bürger haben deutlich gemacht, dass die Bereitschaft vorhanden ist, sich an solchen Aktionen zu beteiligen. **Die BfE beantragt daher, dass die Verwaltung mit den Verantwortlichen aus Aktivkreis und Vereinen Gespräche aufnimmt, damit dieser kleine Schritt zur Verbesserung des Ortsbildes umgesetzt werden kann.***

Die Zufahrten nach Eitorf laden momentan nicht dazu ein, sich hier nieder zu lassen oder gar als Gewerbetreibender hier zu investieren.

Attraktiver wird unsere Gemeinde auch durch weitere Schulformen werden. Der Bau der Ganztagschule oder die Möglichkeit, in Windeck oder Eitorf eine Gesamtschule oder ähnliches einzurichten, ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.

Eine Bemerkung zur Ganztagschule: Die BfE lehnt die vom Schulausschuss befürwortete Beitragssatzung in dieser Form ab.

Die Wahl der Beitragstabelle bedeutet für die niedrigen Lohnstufen eine höhere Belastung. Gerade die SPD, die im Schulausschuss nicht kleinlich sein wollte, sollte wissen, dass viele Familien mit jedem Euro rechnen müssen.

Die BfE unterstützt auch die Forderung nach einem Bürgerbus.

Wenn Verwaltung und Beförderungsunternehmen an einem Strang ziehen, wird auch eine all-gemeinverträgliche Umsetzung möglich sein.

Die Argumentation, bezüglich des Umsatzeinbruches während der Kirmestage, ist nicht zulässig, zeigt vielmehr eine damalige unflexible Haltung der Unternehmen auf. Hier hätte man sich auf eine gemeinsame Beförderung einigen können.

Positiv sehen wir nun das Vorhaben eines Antragstellers, der im Bereich der „Schweizer Höhe“ einen Ferienpark errichten möchte.

Auch die Planung einer Rhein Sieg Rallye kann nur positive Auswirkungen haben.

*Die Bildung eines Unterausschusses, der sich nun mit der weiteren übergreifenden Planung in Eitorf befasst, die beabsichtigte Standortkonferenz, sowie eine **positive fraktionsübergreifende Zusammenarbeit** sind ein Beleg dafür, dass man nun endlich die Zeichen der Zeit erkannt hat.*

Zum Haushalt

Die Tatsachen liegen auf dem Tisch. Ein Defizit von 4,8 Mio Euro im Verwaltungshaushalt, steigende, nur schwer zu beeinflussende Abgaben an übergeordnete Behörden und der Verlust an Arbeitsplätzen kennzeichnen momentan die Lage der hiesigen Kommune.

Wie Bürgermeister Storch, stellen auch wir die Frage, wie und warum es in 2007 eine solche Steigerung der Zuweisungen an die Kommunen geben soll.

Auf dieser Prognose baut sich scheinbar die Genehmigung des Haushaltes und die Herausführung aus dem HSK auf.

Eine eher zweifelhafte Grundlage der Planungen.

Positiv sehen wir die Bemühungen der Verwaltung, insbesondere unseres **Kämmerers Herrn Strack**, dem wir auf diesem Wege für seine gute Arbeit ausdrücklich danken wollen, trotz der Haushaltsknappheit und der vielen Einschnitte, immer wieder kleine finanzielle Freiräume zu schaffen. Der Umgang mit den vor einigen Wochen vorgestellten Haushaltsresten bzw. die eingeführte flexible Haushaltsführung zeigen, dass es auch anders geht.

*Der Umkehrschluss zeigt aber auch, dass die Kommunen durch die jahrelang durchgeführte Ausgabenpraxis - Ausgabe der übrig beliebenden Gelder- eine **Mitschuld an dem Haushaltsdesaster tragen**. Hier sollte unserer Meinung nach von den Kommunen noch mehr Druck auf die übergeordneten Behörden ausgeübt werden.*

Erinnern wir uns an die Beschaffung neuer Stühle im Kreishaus. Durch solches verantwortungsloses Verhalten werden die Sparbemühungen der Kommunen, die sich am Ende der Fahnenstange befinden, zerstört.

*Positiv und längst überfällig wird sich die Einführung des **NKF** auswirken. Aber auch hier sollte der Apparat an die Belange der Kommunen angepasst werden.*

Positiv entwickeln sich die geschätzten Steuereinnahmen und Zuweisungen, so dass man hier von einer leichten Stabilisierung und Berechenbarkeit ausgehen kann.

Den bisher eingeschlagenen Weg der Ausweisung neuer Gewerbegebiete (Altebach 1+2) brachte aus nachvollziehbaren Gründen nicht den von vielen Politikern erhofften Erfolg. Eine Begehung von Altebach 1 zeigt dieses. Auch hier geht es nicht weiter.

Die einseitige Verlagerung der Einkaufsmärkte in die Randlagen des Ortes hatte zur Folge, dass der Ortskern mehr und mehr an Bedeutung verliert. Billigmärkte und leerstehende Geschäfte zeigen dieses. Auch hier brauchen wir ein schlüssiges, zukunftsorientiertes Konzept. Die Bebauung an der Leienbergstr. wird daher zukunftsweisend sein.

In vielen Bereichen könnten weitere Einsparungen vorgenommen werden. Wir unterstützen das Anliegen von Bürgermeister Storch, dass eingebrachte **Anträge nach Möglichkeit im Vorfeld auf Finanzierbarkeit und Notwendigkeit** geprüft werden sollten.

Ein Ärgernis ist in dieser Beziehung auch die Verfahrensweise mancher Antragsteller, die Anträge zum Bau von Verkehrsberuhigungen (Aufpflasterungen usw.) stellen, die dann nach einem Jahr wieder entfernt werden müssen. Hier wurden aufgrund schlecht durchdachter Anträge oder auch einzelner Gefälligkeiten Steuergelder verschwendet, die in ihrer Summe beträchtliche Beträge ergeben.

Beispiele für weitere Einsparungen:

- Einbau einer **Klimaanlage in den Unimog SU-2471**.

Hier stellt sich die Frage, ob man in einem Haushaltssicherungskonzept Platz für eine solche „nicht notwendige“ Ausgabe hat.

- Weiterer Handlungsbedarf sehen wir in der in der Finanzierung der Unterbringung bzw. Verpflegung der 37 Asylbewerber, die mit einem abgeschlossenen Verfahren ohne Zuschüsse untergebracht werden. Hier sollte eine **beschleunigte Rückführung** bzw. Abschiebung durchgeführt werden.

Jugendarbeit

Die Diskussion bezüglich der Räumlichkeiten in den Außenorten einerseits und der bauliche Zustand einiger Räumlichkeiten des Jugendcafes zeigt den Stellenwert der offenen Jugendarbeit in Eitorf.

Eine nur schwer messbare Arbeit, die keinen finanziellen Gewinn abwirft, darf auch nichts kosten.

Obwohl sich die Kostenerstattung vom Kreis für die Jugendarbeit nur auf **70.000 €** beläuft, sollte dieser wichtige Block nicht gekürzt werden. Die Jugendarbeit sollte auch in den Außenorten weitergeführt werden. Ein Blick in die Produktbeschreibung zeigt, dass es sich hier um ein vielfältiges Aufgabengebiet handelt. **Eine Investition in die Zukunft.**

Im Bereich der Wasserwerke hat sich die Gemeinde durch die Erweiterung der Kläranlage mit der neuen Membrantechnologie einen Finanzberg aufgetürmt, der nun nach dem Absprung von Schölller, ein finanzielles Risiko werden könnte.

Die eigentlich in 2005 fällige Erhöhung der Abwassergebühren wird nun wegen der unklaren Rechts- und Finanzlage auf 2006 verschoben. Hier kommt mit Sicherheit eine massive Erhöhung auf die Bürger zu. Aus Sicht der BfE ist die Rolle der Verwaltungsspitze und des Werkausschusses bezüglich der finanziellen Beteiligung der Firma Schoeller an der Erweiterung der Kläranlage, die unter Umständen weitere finanzielle Schwierigkeiten mit sich bringt (Bezuschussung als Pilotprojekt, Gebührenerhöhung für die Beitragszahler) zu kritisieren.

Der Werkausschuss hätte sich in den zurückliegenden Jahren über die Entwicklung im Bereich der Erweiterung **besser informieren müssen**. Er hat sich, wie auch die Verwaltungsspitze auf mündliche Absprachen verlassen, dabei hätte dieses Gremium auf die Vorlage der Gesprächsprotokolle bestehen müssen. Man kann sich jetzt nicht nur auf einen Vertrag von 1991 berufen. **Hier haben Ausschuss und Verwaltungsspitze ihre Aufgaben nicht erfüllt.**

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die Bürger für Eitorf **unterstützen den Haushalt 2005**. Die BfE bemängelt zwar einige Vorgehensweisen bzw. Projekte, die gute Zusammenarbeit unter den Fraktionen sowie die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung lässt uns aber positiv in die Zukunft blicken. Die Bürger für Eitorf sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung übernehmen heißt insbesondere auch eine Form der Kritik und der Kontrolle auszuüben und den vom Wähler erteilten Auftrag sachgerecht und objektiv auszuüben.

Denn nur so kann die Gemeinde ihren Anteil an der Konsolidierung der Gemeindefinanzen erbringen.

Herr Bürgermeister, gestatten Sie uns eine kurze Bemerkung zur Amtsführung der ersten Monate:

Sie sind für uns durch eine sachliche und ehrliche Arbeit aufgefallen. Sie haben sich auch

durch kleine Unsicherheiten und unzutreffende Angriffe mit parteipolitischem Hintergrund nicht aus der Ruhe bringen lassen.

Ihre Bemühungen, alle Fraktionen im Boot zu haben, werden von uns und vielen Eitorfer Bürgern positiv aufgenommen.

Das zeigt aber auch, dass Sie die Unterstützung der Verwaltung haben, ohne die ein reibungsloser Ablauf nicht möglich ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Nach dem Vortrag der Haushaltsreden ergeben sich noch verschiedene Wortmeldungen.

Zunächst wird seitens verschiedener Ratsmitglieder Kritik an der Haushaltsrede des GRÜNEN-Fraktionsvorsitzenden Dehnert geübt. Herr Tendler vermisst Aussagen zur Politik der GRÜNEN und zum Haushalt. Eine Märchenstunde müsse man bei den Haushaltsberatungen nicht erwarten. Im übrigen, so Herr Tendler weiter, würde auch die Rats- und Fraktionsarbeit der GRÜNEN über Steuergelder finanziert. Die in der Rede dargebotenen Gehässigkeiten seien unangebracht. Ähnlich äußern sich auch die Herren Diwo und Hatterscheid. Herr Hatterscheid regt an, Herrn Dehnert künftig das Wort zu entziehen, wenn keine konkreten Aussagen zum Haushalt artikuliert würden.

Herr Rösgen geht auf die Haushaltsrede des SPD-Fraktionsvorsitzenden ein. Er verweist auf die gemeinsamen Bemühungen mit dem SPD-Kreistagskollegen Tendler hinsichtlich des Ausbaus der L 333. Lob würde er sehr wohl äußern, allerdings oft im zuständigen APV, in dem Herr Tendler allerdings nur selten anwesend sei. Hinsichtlich L 333 teilt Herr Rösgen mit, dass aufgrund seines Antrages gemeinsam mit Kollegen aus Hennef und Windeck der Abschnitt Dondorf bis Bach in das Ausbauprogramm des Landes aufgenommen wurde. Für Umgehung Greuelsiefen gelte dies auch, jedoch zunächst nur im disponiblen Bereich. Für den Bereich Greuelsiefen habe der Kreis eine Planung erstellt und den Auftrag erteilt, das gleiche für den Bereich Bülgenuel bis Bach zu machen. Der Vorschlag eines früheren SPD-Fraktionsmitgliedes sei in der Sache eher schädlich gewesen. An diesem Beispiel verdeutlicht Herr Rösgen noch einmal, wie wichtig es sei, an einem Strang zu ziehen. Man dürfe sich nicht in die Gefahr begeben, sich durch Vertrösten auf andere Trassen und Lösungen auspielen zu lassen. Gemeinsam müsse man nun dafür stehen, die L 333 ordnungsgemäß und umweltverträglich auszubauen.

Herr Dehnert erinnert in diesem Zusammenhang an einen einstimmigen Ratsbeschluss auf Ausbau der bestehenden Trasse. Man müsse nichts anderes, als sich hieran halten.

Herr Rösgen geht weiter auf die Finanzmittel für die TARGOS ein. Dass der Kreis die Mittel nicht bewilligt habe, sei von Herrn Tendler in der Haushaltsrede angesprochen worden. Richtig sei zwar, dass der Finanzausschuss die Mittel abgelehnt hat, man müsse aber auch an die Vorgeschichte erinnern. So hätten Bürgermeister und Landrat an die Landesregierung geschrieben und gebeten die Mittel für die TARGOS zu übernehmen. Mit dem Hinweis, dass Schoeller nicht insolvent sei, wurde dies aber abgelehnt. Der Kreis müsse nun als Lückebüßer hinhalten, obwohl das Land nicht zahle.

Herr Tendler erwidert, dass der Kreis durchaus in der Lage gewesen sei, die notwendigen 100.000 Euro zu schultern, aus Gründen der Loyalität der anderen Kreiskommunen Eitorf gegenüber.

Auf Anregung von Herrn Tendler bestätigt Bürgermeister Dr. Storch, dass der Ausbau der L 333 einer der Hauptpunkte der geplanten Standortkonferenz sei.

Herr Müller nimmt Stellung zu den Ausführungen von Herrn Schmidt in dessen Haushaltsrede zur Situation Schoeller/Klärwerkserweiterung. Diese könne man selbstverständlich so nicht stehen lassen. Der Werksausschuss habe sehr wohl sowohl in Klärwerkssachen als auch im Wassernetz in nicht unerheblichem Umfang Einsparungen durch praktikable und sachgerechte Vorschläge erzielt, zuletzt in einer Größenordnung von 70.000 Euro. So etwas sei nur zu erreichen, weil nach breiten Sachdiskussionen gewissenhaft entschieden würde. Nur so sei es möglich gewesen, für die Kläranlage Landeszuschüsse zu bekommen. Aus diesen Gründen seien

Vorwürfe wegen voreiliger Beschlüsse ohne Sachkenntnis deutlich zurückzuweisen.

Herr Schmidt erklärt, dass er sich im Vorfeld sehr ausführlich mit der Materie auseinandergesetzt und alle Gesprächsprotokolle gelesen habe. Teilweise habe er aber auch die Aussage gehört, „man solle sich daraus halten, weil das der Peter Patt gemacht“ habe. Hieraus sei der Gedanke entstanden, dass man sich die Entscheidungen vielleicht zu leicht gemacht habe.

Bürgermeister Dr. Storch verweist auf einen rechtsgültigen Vertrag. Von Anfang an sei die Firma Schoeller in die Beratung und die Entscheidungsfindung eingebunden gewesen. Es werde nun geprüft, welche Ansprüche hieraus abzuleiten sind.

Herr Diwo stellt deutlich klar, dass der vorherige Bürgermeister Peter Patt keinen rechtsfreien und vertragslosen Raum in der Sache verursacht habe. Zum einen bestehe ein Vertrag, zum anderen ließen sich Ansprüche auch aus Absprachen ableiten.

Herr Langer weist auf einen Antrag der GRÜNEN zum Thema Gesamtschule hin. Er bittet um eine zügige Beratung und das Thema nicht auf die lange Bank zu schieben.

Nach der Haushaltsberatung bittet der Bürgermeister nun um Abstimmung über die einzelnen Punkte.